



Conseil d'Etat  
Staatsrat

CANTON DU VALAIS  
KANTON WALLIS

## ANTWORT AUF DAS POSTULAT

(MOTION IM ENTWICKLUNGSSTADIUM IN EIN POSTULAT UMGEWANDELT)

**Urheber** Gruppe CVPO durch Grossrat Aron Pfammatter  
**Gegenstand** Prävention Radarkontrollen  
**Datum** 8.11.2016  
**Nummer** 4.0244 (ehem. 3.0288)

---

Die Anzahl Geschwindigkeitskontrollen ist in den letzten drei Jahren stabil geblieben: 1'850 im Jahr 2014, 1'879 im Jahr 2015 und 1'884 im Jahr 2016. Dabei ist zu erwähnen, dass 91.6 % der Fahrzeuge die vorgeschriebene Geschwindigkeit einhielten.

Die Ordnungsbussen beliefen sich im Jahr 2015 auf Fr. 2'378'990.-- und im Jahr 2016 auf Fr. 2'617'351.--. Dieser Unterschied erklärt sich durch die ständig steigende Zahl Automobilisten auf den Walliser Strassen.

Wir möchten darauf hinweisen, dass der Staatsrat des Kantons Tessin schlussendlich darauf verzichtet hat, Radarkontrollen vor dem Kontrollpunkt anzuzeigen. Diese Massnahme wurde für die Bekämpfung von Verstössen im Strassenverkehr als völlig ungeeignet und kontraproduktiv erachtet. Diesbezüglich gilt es zu betonen, dass die im Kanton Wallis im Bereich Geschwindigkeitskontrollen angewandte Strategie von derjenigen der meisten anderen Kantone abweicht, da auf unserem Gebiet keine fixen Radargeräte installiert sind. Dies beweist, falls es überhaupt erforderlich ist, dass die Walliser Kantonspolizei hauptsächlich gezielte Geschwindigkeitskontrollen an risikogefährdeten Orten durchführt.

Durch den Einsatz von Radarpistolen kann die Walliser Kantonspolizei das Schwergewicht auf Raser legen, welche das Leben anderer Verkehrsteilnehmer stark gefährden, ohne dabei Fahrzeuglenkerinnen und -lenker zu belästigen, welche sich korrekt verhalten.

Das Postulat so zu akzeptieren würde bedeuten, dass die bisher angewandte Strategie überprüft werden muss. Dieser Entscheid liegt beim Parlament.

Der Kampf gegen die Unsicherheit auf den Strassen wird im Wallis jedoch nie als Vorwand dienen, um die Staatskassen zu füllen.

Ferner laden wir die Mitglieder des Parlaments ein, bei einer nächsten Intervention, die einen Presseartikel zitiert, dessen Inhalt und Relevanz bei unseren Dienststellen zu überprüfen. Dies erlaubt, gewisse Unrichtigkeiten zu bestätigen oder zu korrigieren, bevor der parlamentarische Vorstoss eingereicht wird.

Aus den dargelegten Gründen wird vorgeschlagen, die von der Kantonspolizei Wallis angewandte Strategie zu bestätigen und das Postulat abzulehnen.

Auswirkungen Bürokratie : keine  
Auswirkungen Finanzen : keine  
Auswirkungen Vollzeitstellen (VZS) : keine  
Auswirkungen NFA : keine

Sitten, den 14. Juni 2017